Keine Wahlen, wie wir sie kennen: Nach offiziellen Angaben stimmten 95 Prozent für Bashar al-Assad. *Foto: dpa*

Sie haben ihren Frieden gemacht

Nach den Präsidentschaftswahlen in Syrien: Ein Blick auf das Verhältnis der Kirchen zum Assad-Regime VON OTMAR OEHRING

Am 26. Mai 2021 fanden in Syrien zum zweiten Mal während des seit 2011 andauernden Bürgerkriegs Präsidentschaftswahlen statt. Mit einer Wahl, wie wir sie verstehen, hatte das Spektakel nichts gemein, auch wenn das Regime neben Bashar al-Assad immerhin noch zwei weitere der insgesamt 51 Kandidaten zugelassen hatte. An der Wahl nahmen rund 14,2 Millionen Syrer teil. Auf den Diktator Assad entfielen 13,55 Millionen und damit etwa 95,1 Prozent der Stimmen. In den vom Regime kontrollierten Teilen des Landes – und nur dort war eine Stimmabgabe überhaupt möglich – leben gegenwärtig aber inklusive der nichtwahlberechtigten Kinder nur circa 8,5 Millionen Menschen. Demnach müssten in etwa fünf Millionen der insgesamt 6,6 Millionen außerhalb Syriens lebenden Syrer Assad gewählt haben. In Deutschland und anderen westlichen Staaten war den syrischen Botschaften die Durchführung der Wahl aber von den Behörden verboten worden. In Deutschland konnten die Wahlberechtigten unter den hier lebenden gut 800 000 syrischen Geflüchteten folglich ihre Stimme nicht abgeben, selbst wem sie das gewollt hätten. Und auch in der Türkei konnten die schätzungsweise 3,6 Millionen dort lebenden syrischen Geflüchteten nicht an der Wahl teilnehmen. Wer von den Syrern im Ausland soll dann eigentlich Assad gewählt haben? Theoretisch teilnehmen konnten ohnehin nur jene, die in ihrem Pass einen Ausreisestempel haben – die meisten der Geflüchteten dürften aber, wenig überraschend, nicht offiziell ausgereist sein.

Entscheidend für das mörderische Regime in Damaskus ist aber, dass Assad wieder gewählt wurde. Ursprünglich angetreten als Reformer, hat er das Land in einen blutigen Bürgerkrieg geführt, dem rund 500 000 Menschen zum Opfer gefallen sind. Ganze Städte und die öffentliche Infrastruktur sind weitgehend zerstört. Die Bevölkerung hat seit 2010 um etwa 21 Prozent abgenommen, der Anteil der Christen um bis zu 78 Prozent. Circa 6,7 Millionen Syrer sind Binnenvertriebene, rund 6,6 Millionen ins Ausland geflohen. Bis 2015 massiv in Bedrängnis geraten, verdankt das Regime seine heutige Position vor allem Russland, aber auch Iran – das syrische Regime kontrolliert mittlerweile wieder mehr als die Hälfte Syriens. Gleichwohl werden große Teile von Nord- und Nordostsyrien von Kurden kontrolliert, das Regime ist kaum präsent. Die Provinz Idlib und weitere Landesteile im Norden Syriens werden von der Türkei und ihren radikal-islamischen Vasallen kontrolliert.

Der Anteil der Christen hat seit 2010 von ungefähr 1,5 Millionen auf mittlerweile wohl weniger als 350 000 abgenommen. Viele der in Syrien verbliebenen Christen hätten das Land längst verlassen, hätten sie dazu die Möglichkeit. Aber wohin sich wenden? Die Grenze zur Türkei ist hermetisch geschlossen. Der Libanon ist spätestens seit der gewaltigen Explosion im Hafen von Beirut im August 2020 nur noch mit sich selbst beschäftigt. Und selbst wenn man in die Türkei oder in den Libanon käme, käme man nicht weiter. Dafür sorgen die EU und ihre Mitgliedsländer mit ihrer rigiden, strikt auf Abwehr orientierten Flüchtlingspolitik.

Lebensversicherung für die Kirchen

Für die Kirchen in Syrien heißt das, dass sie einmal mehr ihren Frieden mit dem Assad-Regime machen müssen. Denn wer in Syrien leben, überleben will, muss sich mit dem Regime arrangieren. Im Hinblick auf die Kirchen ist das immer wieder – und zu Recht – kritisiert worden, insbesondere wenn Kirchenführer auch oder gerade im Ausland den Lobpreis auf das Regime und den Dialog gesungen haben. Entschuldigend haben diese Kirchenvertreter betont, dass sie als Hirten auch für das Wohl ihrer Herde verantwortlich seien. Und der Großteil dieser Herde, die Christen in Syrien, hat das gutgeheißen und sich selbst entsprechend verhalten. Das gute Einvernehmen mit der Staatsmacht und dem Staatslenker Assad wurde als Lebensversicherung für die Kirchen, die Kirchenführer, aber auch für die christlichen Geschäftsleute verstanden. Dafür auf politische Freiheiten oder gar politische Aktivitäten zu verzichten, galt als absolut hinnehmbar. Zumal jedem klar war, dass für Verhaltensweisen, die aus der Sicht des Regimes als Kritik oder gar Bedrohung wahrgenommen werden konnten, Haft, Folter und Tod nicht nur im Bereich des Möglichen lagen. Auch wenn sich an der Haltung der Kirchenführer, dass sie als Hirten auch für das Wohl ihrer Herde verantwortlich seien, nichts grundlegend geändert hat, hat sich der entsprechende Diskurs und wohl auch die diesem zugrundeliegende Einsicht seit dem Beginn der Unruhen 2010, der Aufstände und des Bürgerkriegs in Syrien doch deutlich geändert. Einige Kirchenvertreter nehmen heute sogar eine offen regimekritische Haltung ein. Eine Rolle hat dabei sicher gespielt, dass sich schon seit dem Beginn der Unruhen und Aufstände in Syrien Christen gegen das Regime gestellt haben und an der Seite der sunnitisch-muslimischen Bevölkerungsmehrheit gegen Assad und sein Regime demonstriert und protestiert haben. Und sicher auch, dass viele mit den Füßen abgestimmt und das Land verlassen haben – nicht nur junge Männer, die nicht für das Assad-Regime sterben wollten. Wenn nun im Vorfeld der Präsidentschaftswahl Kirchenführer in Syrien zur Teilnahme an den Wahlen aufgerufen und dabei ausgeführt haben, die syrischen Bürger sollten dabei ihrem Gewissen folgen, ist das sicher nicht kritikwürdig, sondern den Umständen geschuldet. Das machen auch die Anmerkungen des chaldäisch-katholischen Bischofs Antoine Audo deutlich, man habe die Menschen lediglich gebeten, ihre Pflicht zu erfüllen, aber keine Wahlpräferenzen geäußert, wisse aber, dass die Mehrheit derjenigen, die zur Wahl gehen, Assad erneut wählen werde. Man wisse, wie die Dinge stehen, kenne den syrischen Kontext und die Verhältnisse im Nahen Osten.

Bedrohungslage bestimmt Handeln der Kirchen

Damit spielt Audo auf die gefühlte und konkrete Bedrohung durch den radikalen Islam an, der sich die Christen wie andere religiöse Minderheiten und auch große Teile der muslimischen Bevölkerung Syriens in den letzten zehn Jahren ausgesetzt sahen und weiterhin ausgesetzt sehen.

Solange sich keine politische Lösung für Syrien findet, wird sich daran nichts ändern

Der Autor leitete bis zu seiner Pensionierung im seit 2012 das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jordanien, das auch für den Syrien zuständig ist.

Hilfe für Aleppo

Die Initiative Christlicher Orient" unterstützt eine Sozialküche in der vom Krieg zerstörten Stadt VON CARL-HEINZ PIERK

Kaum ein Gebäude in der Stadt, das nicht vom Bürgerkrieg gezeichnet ist. Aleppo im Norden Syriens war einst ein blühendes Wirtschafts- und Handelszentrum. Heute ist die Stadt eine Ruinenlandschaft. Von Sommer 2012 bis Dezember 2016 war Aleppo von islamistischen Rebellen und Regierungstruppen umkämpft. Zwar finden keine Kämpfe mehr statt, aber die Not der Menschen ist fast noch größer als während der Kampfhandlungen. Die Infrastruktur ist großflächig zerstört, Lebensmittel sind nicht verfügbar oder extrem teuer geworden. Viele Menschen leiden Hunger und bekommen nie eine warme Mahlzeit – weil sie sich die Nahrung nicht leisten können oder diese nicht zubereiten können, da es in der Stadt nur eine Stunde Strom pro Tag gibt. Die Wirtschaftssanktionen der internationalen Gemeinschaft, die eigentlich das Assad-Regime in die Knie zwingen sollen, treffen die ärmsten Teile der Bevölkerung am härtesten.

„Hunger ist das große Thema in Aleppo", sagt Stefan Maier, Projektkoordinator der in Linz ansässigen „Initiative Christlicher Orient" (ICO) gegenüber der „Tagespost". Bei der Initiative handelt es sich um einen von der österreichischen katholischen Bischofskonferenz und von staatlicher Seite anerkannten Verein zur Förderung der Information über die Christen im Orient und zu deren Unterstützung. „Dynamisch und im Wachsen begriffen" ist die Initiative, wie Maier nicht ohne Stolz erläutert. Erstmals in der 30-jährigen Geschichte habe es im letzten Jahr ein Rekordergebnis an Spenden in Höhe von 1,13 Millionen Euro gegeben. Ein kleiner Verein mit einem großen Ziel: Den Menschen im Nahen Osten zu helfen, etwa im Libanon, Nordirak, in Jordanien, Kurdistan und eben in Syrien.

Tagtäglich konfrontiert mit dem Leid der Menschen, die um ihre Lebensexistenz bangen, ist der Franziskaner Ibrahim Alasbagh. In Aleppo leitet er als Pfarrer eine Gemeinde syrischer Christen und versucht, den vom Krieg betroffenen Menschen zur Seite zu stehen und ihnen so gut wie möglich zu helfen. Ibrahim Alasbagh ist seit Langem Projektpartner von ICO. „Er ist wie ein Huhn, das ständig nicht Eier, sondern Projekte legt", charakterisiert Stefan Maier den unermüdlichen Ordensmann. Die Initiative aus Linz möchte deshalb die katholische Pfarrei St. Franziskus in Aleppo bei der Einrichtung einer Sozialküche unterstützen, durch die vor allem alleinstehende alte Menschen, Witwen, große Familien oder Familien mit Behinderten sechs Mal in der Woche eine warme Mahlzeit erhalten sollen. Unter dem Motto „Eine warme Mahlzeit pro Tag" soll so mindestens tausend Menschen aus dem Gebiet der Pfarrei täglich das Überleben gesichert werden. Entstehen soll die Essensausgabe für Bedürftige in Kooperation mit den örtlichen Franziskanerinnen und Franziskanern von der Kustodie des Heiligen Landes. Von der „Initiative Christlicher Orient" wurden bisher unter anderem die Sozial- und Pastoralinitiativen der Ordensleute unterstützt.

Nach Angaben von Stefan Maier soll die Sozialküche in einem Gebäude direkt gegenüber der Kirche des hl. Franziskus eingerichtet werden. Dort gebe es bereits eine Küche, die allerdings noch modernisiert werden müsse. Die Namen von tausend bedürftigen Menschen aus der katholischen Pfarrei sind bereits auf einer Warteliste eingetragen. In einer zweiten Phase sollen nach den bisherigen Plänen Christen anderer Konfessionen und später alle Andersgläubigen unterstützt werden. Dies alles unter dem Vorbehalt einer gesicherten Finanzierung. „Es dürfen keine falschen Vorstellungen geweckt werden", betont der ICO-Projektkoordinator. Die Kosten für eine warme Mahlzeit werden mit zwei Euro berechnet, demnach käme man bei tausend Personen pro Tag auf einen Betrag von 2 000 Euro. Konkrete Hoffnung gibt es bereits für die finanzielle Absicherung des Projekts: Die jüngste ICO-Vorstandssitzung bewilligte eine Summe von 67 000 Euro. Davon stehen 7 000 Euro für die Modernisierung der Küche und 60 000 Euro für den laufenden Betrieb zur Verfügung. Weitere Spenden seien allerdings nötig, um die Essensausgabe zunächst in einem Zeitraum von drei Monaten zu sichern, bekräftigt Stefan Maier.

Gedacht wird vor allem auch an die Kinder und Jugendlichen. Viele von ihnen haben nie etwas anderes kennengelernt als den Krieg. Sie kennen von klein auf Angst, Ausnahmezustand, Hunger und Gewalt. Kinder können immer noch keine Schule besuchen, sind Waisen oder gar verstoßen worden. Manche Mädchen und Jungen müssen illegaler Kinderarbeit nachgehen, um etwas zu essen zu haben. Mit Unterstützung aus Linz soll es Freizeitangebote oder Sprachkurse geben, zu Schulbeginn sollen Materialien ausgeteilt werden.